

Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT

Nr. 1

Jänner 1970

Preis S 3.—

KLARER KURS!

Von LAbg. Hans Lein Kauf

Es gab zwar seit einiger Zeit gewisse Ansichten dafür, trotzdem war es eine — leider wenig erfreuliche — Sensation, als die FPÖ am 16. Jänner erklärte, nach den Nationalratswahlen mit der SPÖ keine Koalition eingehen zu wollen. Damit hat die FPÖ sich an die Volkspartei angebedient. Die Volkspartei reagierte prompt und eindeutig: Das Angebot der FPÖ wurde abgelehnt, die ÖVP erklärte, sie wolle allein die nötige Mehrheit erreichen und brauche die Freiheitlichen als Steigbügelhalter nicht.

Für die Politik nach dem 1. März bedeutet die FPÖ-Erklärung nicht viel. Die Freiheitlichen werden sich nicht scheuen, nach dem 1. März auch mit den Sozialisten eine Koalition einzugehen, wenn es ihnen paßt. In der Wahlkampf-situation jedoch spielt die FPÖ-Erklärung eine nicht unbedeutende Rolle. Ihr Ziel ist es, der Öffentlichkeit einzureden, man müsse nicht unbedingt ÖVP wählen, denn dank der Unterstützung der ÖVP durch die Freiheitlichen sei es ohnehin sicher, daß die ÖVP wieder den Kanzler stellen werde. Auch wenn die ÖVP — etwa durch eine Stimmabgabe für die Freiheitlichen — geschwächt wird, brauche man sich nicht vor einem sozialistischen Bundeskanzler fürchten. Das sind etwa die Hintergedanken der FPÖ-Erklärung.

Man muß der ÖVP dankbar sein, daß sie diesen Anbiederungsversuch unzuweiligend zurückgewiesen hat. Für die ÖVP ist das aber nicht nur eine Sache der augenblicklichen pro-

pagandistischen Zweckmäßigkeit, es muß für sie auch ein Anliegen der Grundsatzpolitik nach dem 1. März sein.

Besondere Anerkennung verdienen die klaren Worte, die der steirische Landeshauptmann Josef Krai-

ner unter dem Eindruck der FPÖ-Erklärung gefunden hat: „Auf einen freiheitlichen Wiederbelebungsversuch nach verlorener Wahl können wir verzichten! Denn: Eine durch einen mit freiheitlicher Schützenhilfe

(Fortsetzung auf Seite 2)



Zu Höhepunkten der letzten Nationalrats-Sitzung der auslaufenden Gesetzgebungsperiode wurden die Reden, die Abt. Kanzler Dr. Gorbach anlässlich seines Ausscheidens aus dem Parlament und Nationalratspräsident Dr. Maleta zum Abschluß der Gesetzgebungsperiode hielten. Beide Politiker, die zu den profiliertesten Staatsmännern Österreichs gehören und deren Mitgliedschaft bei unserem Verband die ÖVP-Kameradschaft sich zur besonderen Ehre anrechnet, beschworen den Geist der Gründer der Zweiten Republik und mahnten zu Toleranz und Verständigung über alle politischen Auseinandersetzungen hinweg.

(Fortsetzung von Seite 1)

erzielten Wahlsieg der SPÖ tödlich getroffene ÖVP kann auch durch die FPÖ nicht mehr gerettet werden!

Die Freiheitlichen wissen freilich genau, daß sie nur durch eine Regierungsbeteiligung die Bedeutungslosigkeit überwinden können, zu der sie der zunehmende Wählerschwund lange Zeit verurteilt hat. Es ist daher für sie eine Existenzfrage, einen schwachen Punkt im demokratischen System auszunützen, nämlich den, daß kleine Gruppen mitunter das Zünglein an der Waage spielen können und ihnen ein Einfluß zukommt, der in keinem Verhältnis zu ihrer wahren Bedeutung steht. Es ist zu hoffen, daß die Freiheitlichen in

Österreich diese Chance nie erhalten werden und daß sie ihnen vor allem durch die ÖVP nicht gegeben wird.

Die Freiheitlichen von heute sind als die Erben der Deutschnationalen von einst und als Sammelbecken gewisser Ehemaliger noch immer eine Belastung für das demokratische Österreich, und es gibt keinen Grund dafür, daß sie in einem der obersten demokratischen Organe, in der Bundesregierung, Einzug halten müssen. Die Freiheitlichen haben sich bis jetzt nicht von ihrer politischen Hypothek aus vergangenen Zeiten losgesagt, auch wenn sie heute weniger davon reden und sich als „junge“ Partei auszugeben versuchen. Es war zuzugewandt und mehr Jahre undenkbar, daß

Freiheitliche in eine Bundesregierung kommen könnten, und das hatte seine guten Gründe. Die geistigen Vorfahren der heutigen Freiheitlichen sind in die Schuld am Untergang der Ersten Republik verstrickt, und sie isten gut daran, sich bei der Gründung der Zweiten im Hintergrund zu halten. Freilich, die Erinnerung an 1938 und 1945 beginnt zu verblasen, die Fronten von einst begannen sich aufzuweichen. Was aber für die Jahre nach 1945 galt, kann für die Jahre 1970 nicht falsch sein. Eine Partei, die die ersten 25 Jahre der Zweiten Republik nicht regierungsfähig war, ist es auch für die zweiten nicht. Das sollte man bei allen tagobedingten Wahlkampfgefechten nicht vergessen!

Den gemeinsamen Weg finden

Gorbachs Abschiedsrede im Nationalrat

Abg. Dr. Gorbach (VP), der 71jährige Dozent des Parlaments, hielt am 22. Jänner seine Abschiedsrede im Nationalrat. Seine Rede, die den Beifall aller Abgeordneten fand, stellt eine Bestimmung auf die Grundlagen der Zweiten Republik dar, die heute aktueller ist denn je.

„Ich kann die Lehren, die mir in meinem Leben zuteil wurden, nur an alle Österreicher weitergeben. Nicht politischer Fanatismus, nicht Sieg um jeden Preis sind gute Wegweiser der politischen Arbeit, sondern der Wille, gemeinsam zu gehen und zu wirken, auch über Parteigrenzen und Grenzen der Weltanschauung hinweg, auch dann, wenn es nur über das Einander-Entgegenkommen auf halbem Weg geschehen kann. Besser in Frieden die Hälfte für jeden, als im Kampf ums Ganze für alle nichts. Das darf nicht Verzicht auf die eigenen Grundsätze bedeuten. Nur der, der Grundsätze hat, kann verstehen, daß auch der Partner solche besitzt, nur der, der sich selbst eine letzte Grenze zu ziehen vermag, kann jene Grenze erkennen, über die auch der Partner nicht zurück kann. Nur Gegner, die Grundsätze besitzen und Grundsätze achten, werden, statt mit grenz- und maßlosen Forderungen vernichtend übereinander herzufallen, die gemeinsame Grenze und den gemeinsamen Weg finden.“

Deshalb konnte ich auch die Verstimmungen, die man mir im Krieg und po-

litischer Verfolgung an Leib und Seele zugefügt hat oder zufügen wollte, nicht mit Haß und mit fraktioneller Einseitigkeit quittieren, sondern — getragen von den christlichen Idealen meiner Jugend — nur dem gemeinsamen Dienst an Österreich das Wort reden. Nach rechts hin, als mich viele meiner Freunde nicht verstanden haben, und nach links hin, auch dann, wenn der Ruf nach links zur Zusammenarbeit zu unrecht mit einer Verbeugung vor links verwechselt wurde. Soll unser Bekenntnis zur Demokratie zur Tat werden und die Demokratie sichern, dann müssen wir aus den schweren Erlebnissen vergangener Jahrzehnte erkennen, daß das Sprichwort gilt: „Die Diktatur kann der Gewalt nicht entbehren, aber die Demokratie der Liebe nicht.“ So verstanden haben wir, die wir in einigen Wochen aus dem Nationalrat ausscheiden, weiterzudenken. Ich sehe es als meine Pflicht an, auch als einfacher Fußsoldat im Dienste unseres Vaterlandes für diesen Staat und meine politische Überzeugung weiterzuarbeiten.“

Die Sorge um die Zukunft kann manchmal eine Partei zu Maßnahmen zwingen, die nicht gleich verstanden werden. Aber schließlich ist nicht die Person des Fahnenträgers wichtig, sondern die Fahne, nicht die Repräsentanten eines Volkes, sondern das Volk selbst, nicht die Träger des Staates, sondern der Staat. Fahnenträger, Repräsentanten und Funktionäre sind im Leben eines Volkes ein

veränderliches Element. Was bleibt, ist die Gemeinschaft des Ganzen, die wir nicht beherrschen dürfen, sondern der wir dienen müssen.

Toleranz ist eine selbstverständliche Konsequenz der Demokratie. Echte Toleranz kann verschiedene Wurzeln haben. Sie entspringt aus der Ehrfurcht vor dem Gewissen und der Überzeugung des anderen, aus der Ehrfurcht vor der Freiheit des anderen, aus der Überzeugung von der Macht der Liebe, die besser geeignet ist, das Böse zu überwinden, als die rohe Gewalt. Intoleranz ist deswegen zu verurteilen, weil sie das Gewissen und die Freiheit des Menschen nicht achtet. Hier gehören die Intoleranz des Staates, die Diktatur, aber auch die Intoleranz durch den einzelnen Fanatiker und Despoten.“

Abschließend dankte Dr. Gorbach allen, die ihn seit 1945 durch die vielen Stunden der Arbeit und Sorgen begleitet haben, die ihm in echter Toleranz ihre Achtung nicht versagten. Er verband damit den Wunsch, das Hohe Haus möge auch in Zukunft ein fester Hort des demokratischen Staatwesens bleiben und seine zentrale Stellung im Ablauf des politischen Geschehens nicht nur erhalten, sondern mehren. Der Rede folgte lebhafter allgemeiner Beifall. Die Klubobmänner Dr. Pittermann, Dr. van Tongel und Dr. Withalm begaben sich zu Dr. Gorbach und beglückwünschten ihn.

Der Geist der Gründer

MAHNUNG MALETAS BEIM ABSCHLUSS DER LEGISLATURPERIODE

Am Ende der letzten Sitzung der XI. Legislaturperiode hielt der Präsident des Nationalrates, Dr. Maleta, eine vielbeachtete Ansprache, in der er den Dank an jene Abgeordneten aussprach, die aus diesem Hause scheideten. Insbesondere gilt dieser Dank jenen Abgeordneten, die seit 1945 diesem Hause angehört und ihm nach Vollendung von 25 schweren arbeitsreichen Jahren künftig nicht mehr angehören werden. Ihr Ausscheiden gleicht irgendwie einer inempolitischen Zäsur, weil unter den 165 Abgeordneten des künftigen Nationalrates die verbündenden Mandatäre, die diese Zeit einer ungewissen, gefährdenden Zukunft noch persönlich miterleben, nur mehr eine verschwindende Minderheit sein werden. Das aber gibt Anlaß für eine dem tagesspolitischen Geschehen entrückte besinnliche Betrachtung, fast möchte ich sagen, von staatspolitischem Gewicht. Denn irgendwie wird dabei jener Geist sichtbar und lebendig, der sich im guten Sinn für die Entwicklung der Zweiten Republik als schicksalhaft erwies und der, falls er in Vergessenheit geraten sollte, noch im Erlöschen, dann freilich im negativen Sinne, zu einer schicksalhaften Wende führen würde.

Ich will nicht mißverstanden werden: Dieser Geist kann, aber er muß nicht in einer großen Koalition sichtbar werden, denn Koalitionen sind nicht eine Frage eines heiligen Prinzips, sondern einer tagesspolitischen Zweckmäßigkeitseinschätzung. Aber alle Regierungsformen, die nach den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie denkbar sind, werden nur dann wahrhaft demokratisch sein, wenn dieser Geist aus der Gründungszeit der Zweiten Republik auch in der Zukunft Ausstrahlungskraft besitzt, weil er allein im Gewissen des handelnden Politikers freiwillige Grenzen durch Mäßigung, Toleranz, Respekt vor der anderen Gesinnung, vor allem aber auch durch Selbstbeschränkung in der Machtausübung zieht. Sollte dieser Geist erlöschen, dann würde sich die parlamentarische Republik in eine Formaldemokratie verwandeln, die an den ihr gestellten Aufgaben zwangsläufig zerbrechen müßte. Denn nicht die Form allein, sondern der Geist, der sie erfüllt, ist der Lebenskeim einer innerlich gesunden staatlichen Gemeinschaft.

Damit stellt sich die substantielle Frage, in welcher Weise dieser Geist politisch wirksam wurde. Die Antwort ist sehr einfach: Er schenkte uns ein neues, freudig bejahtes Staatsbewußtsein, das der Ersten Republik zu unserem leidvollen Geschick so völlig fehlte. Er erweckte in uns das Bewußtsein einer gemeinsamen Verantwortung für unser Volk und seinen Staat, unbeschadet der politischen Gesinnung. Er war das tragende Fundament, auf dem sich trotz aller Interessengegensätze die Sozialpartner immer wieder finden konnten. Mit einem Wort: Durch ihn wurde uns bewußt, daß wir alle eine österreichische Schicksalsgemeinschaft sind, der wir uns nicht entziehen können, wenn wir in unserer grausamen, turbulenten Gegenwart ungefährdet überleben wollen.

Nur dieser Geist schenkte uns die innere Geschlossenheit, ohne die der Staatsvertrag undenkbar gewesen wäre. Aus ihm erwuchs das kluge Bekenntnis zur Neutralität, die unseren außenpolitischen

Kurs an der Grenzscheide zwischen Ost und West fixierte. Dieser Geist diktierte die Staatserision, die ich deshalb erwähnen, weil sie mir manchmal in Vergessenheit zu geraten scheint. Denn Staatserision ist nun einmal das Gesetz der Klugheit, gegen das nicht verstoßen werden sollte, weil kein kurzfristiger Vorteil für die eine oder andere Gruppe, oder für die publizistische Wertachtung eines Massenmediums, sich langfristig bezahlt macht. Demokratie garantiert zwar die Freiheit der Diskussion und der Kritik; aber bei der Ausübung dieses Rechtes sollten wir in unseren Formulierungen uns stets jener Grenzen bewußt bleiben, welche die Staatserision empfehl.

Das alles entspricht jenem Geist, dem ich als das kostbarste Erbe der Männer und Frauen aus dem Jahre 1945 betrachte, das niemals in Vergessenheit geraten darf, selbst dann, wenn in heute schon absehbarer Zeit niemand mehr aus dieser Generation diesem Hause angehören wird.*

Kein Vorbild

Die alten Deutschen tranken immer noch „eins“, bevor sie gingen. Dies dürfte auch das Leitmotiv des freiheitlichen Abgeordneten zum Wiener Landtag Karl Peter gewesen sein, bevor er sich an das Lenkrad seines mit einer dreistelligen Nummer gekennzeichneten PKW setzte. Wie aus der Meldung einer Wiener Tageszeitung hervorgeht, wurde Peter jedenfalls von der Benutzung eines Funkstreifenwagens angehalten und einem Alkohotest unterzogen. Das Teströhrchen führte sich grün, was bedeutete, daß der ständige Mitarbeiter der „Deutschen National- und Soldatenzeitung“, Herr Abg. Peter, keinverursachen nichteren gewesen sein konnte. Die loyalen Polizeibeamten, die wußten, daß Peter in seiner Eigenachaff als Abgeordneter immum ist, gaben ihm den Rat, das Fahrzeug abzustellen und mit einem Taxi weiterzufahren. Doch selten kommt ein Unglück allein. Kurz darauf wurde Peter ebenfalls an Steuer seines Wagens ertrappt, wobei ihm diesmal der Führerschein und die Autoschlüssel abgenommen wurden.

Die Demokratie ist doch für manche eine unglückliche Staatsform! Hat doch die Polizei in einer Demokratie sogar das Recht, auch Mandatäre zu erhalten und nötigenfalls — wie das Beispiel zeigt — ihnen den Führerschein abzuschleimen. Im „Tausendjährigen Reich“ wäre solches nicht möglich gewesen und die Polizeibeamten hätten sich wahrscheinlich bei dem Herrn Reichsverweiser entschuldigen und von dannen ziehen müssen.

Wie immer man über solche Dinge auch denken mag, eines soll mit aller Deutlichkeit festgestellt werden: Ein Abgeordneter und Mandatär sollte als Volkvertreter vor allem für die Jugend ein Vorbild sein. Mandatäre, die sich aber nicht einmal beim Alkohol betrachten können, sollten sich aus der Politik zurückziehen! Das Volk braucht nüchterne Abgeordnete. H. L.

Fahrpläne in den Tod

FRANZ NOVAK ZU NEUN JAHREN KERKER VERURTEILT

Es ist in Österreich nicht leicht, die sogenannten Schreibtischmörder des NS-Regimes der Gerechtigkeit zu überantworten. Das beweist der Umstand, daß der als „Fahrplanleiter des Todes“ zu traurigem Ruhm gelangte Eichmann-Gehilfe Franz Novak vor kurzem bereits zum drittenmal vor Gericht stand und daß es dreier Prozesse bedurfte, um ihm nun endlich eine Strafe zuzumessen, die formal nicht mehr anfechtbar ist.

Novak wurde nun zum drittenmal verurteilt. War es ihm bisher noch immer ge-
glückt, durch die Maschen des Gesetzes zu schlüpfen, so dürfte er diesmal nicht ungeschoren davonkommen: Das Urteil ist zwar noch nicht in Kraft, doch dürfte sich ein Justizskandal wie der nach dem zweiten Novakprozeß nicht mehr wiederholen. Novak wurde nunmehr wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit, begangen durch die Organisation der Transporte jüdischer Männer, Frauen und Kinder nach Auschwitz, zu neun Jahren schweren verhöflichten Kerkers verurteilt. Die Frage, ob Befehlsnotstand vorgelegen sei, wurde von den Geschworenen mit fünf zu drei Stimmen verneint, die Frage nach Verjährung entfiel. Ver-

teidigung und Staatsanwalt meldeten Berufung an, so daß nun der Oberste Gerichtshof das letzte Wort haben wird. Sollte das Urteil rechtskräftig werden, wird Novak — der diesmal nach der Urteilsverkündung noch als freier Mann nach Hause ging — nur mehr vier Jahre abstrahieren haben, da ihm die Unteruchungshaft von 1941 bis 1946 angerechnet werden wird.

Franz Novak, heute 54 Jahre alt, von Beruf technischer Angestellter, der für eine Frau zu sorgen hat und netto 3000 S verdient, war SS-Hauptsturmführer im Reichssicherheitshauptamt und dort als Transportreferent im Sonderkommando des mit der „Erldösung der Judenfrage“ beschäftigten Adolf Eichmann beschäftigt, der bekanntlich in Israel abgeurteilt und hingerichtet wurde. Die Anklage warf Novak vor, am Transport von 430.000 ungarischen Juden nach Auschwitz mitgewirkt zu haben. Novak gehört also zu jenen, die sich nie selbst die Hände schmutzig gemacht haben. Er hat mit eigenen Händen niemanden umgebracht, er hat auch niemanden gedungen, andere umzubringen — und doch sind durch seine „Tätigkeit“ unzählige Menschen

umgekommen. Abgesehen davon, daß die von Novak organisierten Transporte unmittelbar in das Todeslager Auschwitz führten, kamen schon auf den Transporten unzählige Menschen ums Leben, weil sie ärger als bei jedem Viehtransport mit Gewalt in die Waggons gepfercht wurden — nicht selten mit Hilfe von Gewehrkolben und Peitschenhieben —, so daß nach der Aussage der als Ärztin im KZ Auschwitz bekannt gewordenen österreichischen Lagerinsassin Dr. Ella Lingens beim Öffnen der Waggons Tote und Ohnmächtige herausfielen.

Novak hatte sich stets darauf berufen, daß er nicht gewußt habe, wohin die Transporte gingen, die er zusammenzustellen hatte. Das wurde als völlig unglückswürdig widerlegt. Novaks Chef Eichmann hatte im Prozeß in Israel erklärt: Ich hätte meinen Auftrag nicht ausfüllen können, wenn es mir nicht gelungen wäre, die täglich schwieriger werdenden Transportprobleme zu lösen. Das war hauptsächlich ein Verdienst meines Sachbearbeiters Franz Novak.

Und die Kronzeugin des Prozesses, die Wienerin Erika Scholz, die als Sekretärin im Judenreferat des Reichssicherheitshauptamtes beschäftigt war, erklärte: „Alle in unserem Amt haben gewußt, was mit den Juden geschicht.“

Die Delikte eines solchen „Schreibtischmörders“ sind allerdings unserer Rechtsordnung auch heute, 23 Jahre nach dem Ende des Krieges und des NS-Regimes, noch unbekannt, so daß Prozesse aus diesem Bereich auf zahlreiche Schwierigkeiten stoßen. Im ersten Prozeß 1944 wurde Novak von der Mordanklage freigesprochen und wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zu acht Jahren schweren Kerkers verurteilt. Die Nichtigkeitkeitsbeschwerde hatte Erfolg und der Oberste Gerichtshof hob das Urteil wegen mangelnder Rechtsbelehrung der Geschworenen durch die Berufsrichter auf und ordnete eine Wiederaufnahme des Verfahrens an.

1946 kam es dann zu einem neuerlichen Prozeß vor einem Wiener Geschworenengericht. Wieder wurde Novak — mit sieben gegen eine Stimme — der öffentlichen Gewalttätigkeit für schuldig befunden, die Frage nach „unwiderstehlichem Zwang“, also Befehlsnotstand, also Befehlsnotstand, also Befehlsnotstand, also Befehlsnotstand, also Befehlsnotstand jedoch mit vier gegen vier Stimmen unentschieden beantwortet, was einen Freispruch zur Folge hatte. Es gab damals großes Aufsehen nicht nur in Österreich, sondern auch in der übrigen Welt.



Ein stimmungsvolles Familienfest war die Weihnachtsfeier, die der Landesverband Wien der ÖVP-Kameradschaft gemeinsam mit der Wiener Frauenbewegung der ÖVP im Schwerehof abhielt. Bundesrat Prof. Nora Hill, LABg, Hans Leinhardt und der Wiener Landesparteiobmann Dr. Franz Bauer hielten Ansprachen, die von einem weihnachtlichen Programm untermalt waren.

Unbefriedigende Antwort

BACHER UND DIE ABERUFUNG RÖSSEL-MAJDANS

„Empört“ zeigte sich ORF-Generalintendant Gerd Bacher über ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, Bacher werde seine Entscheidung in Sachen DDFR. Rüssel-Majdan rückgängig machen. Rüssel-Majdan war von Bacher als Leiter des Kurzwelldienstes des ORF abberufen und auf einen anderen Posten versetzt worden. Die Arbeitsgemeinschaft weist auf die vielfachen politischen Verfolgungen hin, denen Rüssel-Majdan wegen seiner Gesinnung ausgesetzt war und betont, daß sie in der Abberufung eine Dis-

kriminierung eines aufrechten Österreicher und eine Schädigung des österreichischen Ansehens als eines demokratischen Staates sehen. „Wir geben mit aller Leidenschaft der Meinung Ausdruck, daß eine unter Hitler übliche Verfolgung von aufrechten Österreichern nicht im Jahre 1969 beim ORF fortgesetzt werden darf.“ Bacher erwiderte, er sehe sich „bei aller Wertschätzung für Ihre Verbände“ außerstande, das Schreiben der Arbeitsgemeinschaft zur Kenntnis zu nehmen, da ihm die Verbände „empfindbarerweise unterstellen“, er setze die Hitlerschen Verfolgungsmethoden fort. Rüssel-Majdan sei

von ihm mit der provisorischen Leitung des Kurzwelldienstes betraut worden, was die Möglichkeit einer Abberufung in sich schließt — die im übrigen nicht auf die ihm „unterstellten“ Motive, sondern „ausschließlich auf fachliche Motive“ zurückzuführen sei.

Die Tatsache, daß ein aufrechter Österreicher, der seine Gesinnung unter dem Druck einer brutalen politischen Verfolgung bewähren mußte und der damit dem für das österreichische Ansehen im Ausland wichtigen Kurzwelldienst ein bestimmtes Profil gab, ist mit der Antwort Bachers nicht aus der Welt geschafft. Der Fall vervollständigt nun bedauerlicherweise den ohnehin bereits stark ausgeübten Terminkalender der arbeitserhüllenden Auseinandersetzungen des ORF mit seinen Mitarbeitern.

ÖSTERREICHISCHE NATION

Die Wirklichkeit ist stärker

Angesichts der da und dort immer wieder aufflackernden Diskussion um die österreichische Nation verdienen Ausführungen in Erinnerung gerufen zu werden, die Kamerad Franz Kittel, Chefredakteur des FREIHEITSKÄMPFERS und Mitglied des Bundesvorstandes der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten, 1950 in einer im Auftrag des Landesverbandes Wien der ÖVP-Kameradschaft herausgegebenen Broschüre „Vom Klassenkampf zum Solidarismus“ zu diesem Thema machte. Kittel schrieb dazu:

„Als Österreich sich aus Schutt und Asche, Blut und Tränen wieder erhoben hatte, gab es keine Diskussion über die „österreichische Nation“. Wir alle hatten es ja erlebt, wie man unser Bekenntnis zu diesem Österreich als nationalen Verrat an Deutschland brandmarkte. Wie hieß es doch im Haftbefehl gegen den Österreicher Dr. Felix Hurdos: „Er gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates (Deutschland), indem er sich für eine geheime Organisation, die sich die Wiederaufrichtung eines selbständigen Österreich zum Ziele gesetzt hatte, hochverräterisch betätigt.“ So wurden viele zu Hochverrättern, weil sie ihre eigene Nation nicht verraten und zu Deutschland nein sagten.

Jahre sind vergangen. Vieles wurde vergessen. Und nicht zuletzt wird die Drohung aus dem Osten wieder zur Hoffnung für alle jene, denen Deutschland immer näher stand als ihr eigenes Vaterland. Diese Tatsache entfachte eine Diskussion um die Frage, die für uns nie eine war. Gibt es eine österreichische Na-

tion? Von der gleichen Sprache über den gemeinsamen Kulturkreis bis zur deutschen Sendung führt der Weg zur Verneinung der österreichischen Nation. Man spricht von der österreichischen Heimat und süßet sich unklar über den Begriff „Vaterland“.

Weit hinein in unsere Kreise reicht diese Diskussion. Und je mehr sie sich ausbreitet, um so weiter entfernen sich die Beteiligten vom Bekenntnis zur österreichischen Nation. Und doch ist sie eine Realität.

„Die ausgeprägte und von allen anderen verschiedene Individualität des österreichischen Volkes gibt ihm das Recht, sich trotz der Sprachgemeinschaft mit den Deutschen des Reiches als selbständige Nation zu erklären“, sagte Dr. Karl Renner. Und Ing. Dr. Leopold Figl ergänzte: „Wir sind kein zweiter deutscher Staat, wir sind niemals ein Ableger einer anderen Nationalität, noch wollen wir es jemals werden, wir sind nichts anderes als Österreicher, dies aber aus ganzem Herzen und aus jener Leidenschaft, die jedem Bekenntnis zur Nation innewohnen muß.“

Eindeutig stellt Dr. Wilhelm Böhm den Begriff „österreichische Nation“ klar, indem er feststellt: *)

„Nationen sind politische Gemeinschaftsgebilde, deren Mitglieder auch mehrere Sprachen sprechen, bzw. gleichsprachige Ansiedler neben sich haben können. Wenn wir den Gedanken der österreichischen Nation vertreten, so tun wir es gerade im Interesse der altösterreichischen völkerverbindenden Idee, der

wir nur als Österreicher dienen können, nicht als Deutsche.“ Und mein väterlicher Freund Prof. Johannes Zedner-Spitzenberg drückte diese Mission Österreichs kurz vor den schwarzen Tagen des Jahres 1938 in einem persönlichen Gespräch mit folgenden Worten aus: „Österreich hat Europa und damit auch dem Deutschland in der Welt immer gedient, solange es

(Fortsetzung auf Seite 6)

Kamerad Pronai ein Siebziger

Kamerad Oberschulrat i. R. Franz Pronai, Obmann des Landesverbandes Burgenland der ÖVP-Kameradschaft und einer seiner Gründer, feierte am 3. Dezember den „Siebziger“. Von 1926 bis seiner Pensionierung als Lehrer in der burgenländischen Landeshauptstadt tätig, wurde er 1944 auf Grund einer Denunziation verhaftet und in das KZ Dachau eingeliefert, wo er ein Mithäftling und Leidensgenosse Alfons Gorbachs war. Schon vorher, 1938, war er, der sich als echter und unbeugsamer Österreicher bekannte, außer Dienst gestellt und für wehrunwürdig erklärt. Nach 1945 stellte er sich seiner Heimatstadt zur Verfügung, in der er viele Jahre lang Gemeinderat war. Auch der Ausbau der Raiffeisenkasse in Kismattdorf-Oberberg ist sein Verdienst. Noch heute steht er dem Wein- und Obstbauverein der Landeshauptstadt vor. Zu seinem Geburtstag wurden ihm zahlreiche Ehrungen bereitet. Zu den Gratulanten gehörten auch Innenminister Seonics und Bürgermeister Tshof.

*) Aus „Die Nation“, Heft 11/32/1966.

(Fortsetzung von Seite 5)

unabhängig und selbständig war. Nur wenn die Grenzen Deutschlands mit denen der slawischen Völker gemeinsam verliefen und die Mittelrolle Österreichs ausfiel, gab es in Europa Krieg und Unglück auch für Deutschland."

Und schließlich hat die „Österreichische Volkspartei“ in ihren „Programmatischen Leitlinien“ ein klares und unmissverständliches Bekenntnis abgelegt. In Absatz II, Punkt 18, lesen wir: „Intensivste Arbeit am Aufbau der österreichischen Nation, die starkes, stolzes österreichisches Staats- und Kulturbewußtsein formen muß."

Was immer die Professoren und Gelehrten in wissenschaftlicher Tüftlei an Versuchen unternahmen, die Existenz der „Österreichischen Nation“ zu bestreiten, die Wirklichkeit ist stärker. Hätte überhaupt unser Appell an die Welt, als gleichberechtigter Nation gewertet zu werden, einen Sinn, wenn wir selbst unsere nationale Sendung verleugneten?

Unsere nationale Souveränität basiert auf der österreichischen Idee. Sie fordert kategorisch die österreichische Nation. Und diese österreichische Nation umschließt Künstler und Gelehrte, kurz, das ganze österreichische Volk. Alle Stände unseres Volkes stehen zusammen im Zeichen des österreichischen Solidarismus, sie repräsentieren damit gleichzeitig die österreichische Nation. Solidarismus und Nation sind in Österreich untrennbar verbunden. Die österreichische Nation ist geboren aus einer Jahrhundertwende während wechselvoller Geschichte, reich an eigener Tradition, erfüllt von selbstgeworde-

ner, unvergänglicher Kultur, unterschieden von den Deutschen in Sitten und Gebräuchen und nicht zuletzt auch durch eine Sprache, die ebenso „österreichisch“ ist wie die des Preußen deutsch.

Das nachfolgende Bekenntnis Lois Weinbergers zu Österreich schafft klar und eindeutig jene Grenze, die uns von allen anderen Völkern, so auch von den Deutschen trennt. „Was ist Österreich? Ein Garten Gottes? Auch das. Aber noch viel mehr. Es sind die Menschen, diese eigenartigen, besonders gearteten, sehr verschiedenen und doch leicht erkennbaren, schlichten, arbeitsamen, heiteren, lebensfrohen österreichischen Menschen. Ich habe nirgendwo bessere getroffen. Und es sind unsere Bauern, gleichermaßen wie unsere Arbeiter, natürlich alle unsere Künstler, aber auch die vielen braven Handwerker und die Leute aus dem Mittelstand, unser ganzes Volk mit all seiner Tüchtigkeit, das dazu gehört... Ich glaube, daß bei uns die Sonne heller scheint, als irgendwo anders und daß wir wirklich gesegnet sind, trotzdem wir so gelitten haben. Wahrscheinlich gerade deshalb. Wenn die Götter lieben... Uns lieben sie. Trotz allem."

Die österreichische Nation ist aus dem Untergang der deutschen 1945 wiedererstand. Im solidarischen Zusammenstreben aller Schichten unseres Volkes erhält sie jene Kraft, die jeden Gedanken an Anschluß und „deutsche Gemeinschaft“ vernichten wird.

Aus der Broschüre von Franz Kittel „Vom Klassenkampf zum Solidarismus — Vom Parteienhader zur Koalition“.

LANDESVERBAND KÄRNTEN

Aktive Kulturarbeit

Vor kurzem fand im Schlafsaal des Hotels Kärrnerhof in Klagenfurt die Jahreshauptversammlung der ÖVP-Kameradschaft statt, zu der in Vertretung des an der Teilnahme verhinderten Landesmannes Krim-Oßeltl i. R. Pugnagig Altnationalrat Dir. Gottfried Wunder eine Reihe von Gästen begrüßen konnte. Sodann erstattete er einen Rechenschaftsbericht über das abgelaufene Jahr, das neben der Betreuung und Hilfe für viele Kameradinnen und Kameraden vor allem durch kulturelle Tätigkeit mit Reisen nach Oranienburg-Sachsenhausen in der DDR, Ost- und West-Berlin und Prag, mit einer Besuchsreise zu Altbundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg und mit einer achtägigen Anne-Frank-Gedächtnisfahrt nach Amsterdam, Rotterdam, Den Haag, Brüssel und einer Rheinreise über Bonn und Köln ihren Höhepunkt erreichte.

Der Kassier, Kamerad Leopold Ga-

berning, erstattete den Kassenbericht und der Obmann der Landeskontrolle, Bezirkschulinspektor i. R. Regierungsrat Skorianz, beauftragte auf Grund seiner Prüfungsergebnisse die Entlastung, die auch einstimmig erteilt wurde. An der Diskussion beteiligten sich vor allem die Kameraden Dr. Ploder, Reg.-Rat Ing. Jaritz, ÖR Dipl.-Ing. Rainer, stellvertretender Landesarbeitsamtsleiter wickl. Amertat Bürger, die Kameraden Hermann Pöschl und Ferdinand Wehning sowie der leitende Arzt des Sanatoriums Maria Hilf, Dr. Lexner, die sich mit Fragen der Opferfürsorge-Gesetzgebung befaßten und in einer Resolution zusammengefaßt wurden.

Im Anschluß an die Versammlung fand im Rahmen eines Kameradschaftsabend die Betreuung bedürftiger Mitglieder mit Geldpenden statt. Die Feier wurde mit einer besinnlichen Adventsansprache von Regierungsrat Hans Skorianz eingeleitet, unter der Leitung von Herrn Arnulf Wadl musikalisch umrahmt und durch die kleine Andrea Rainer mit weihnachtlichen Gedichten ausgestaltet.

Söldner oder Beamte

Den österreichischen Sozialisten dürfte für längere Zeit die Lust vergangen sein, einen ausländischen Politiker vor ihre Wahlmaschine zu spannen. Was Brandts „Kanzleramtminister“ Prof. Ehmke der SPÖ als Gast bei ihrem Wahlkampferöffnungskongreß — einer nach dem Urteil der unabhängigen Presse übrigens äußerst mürren Veranstaltung — einbrachte, können die besten SPÖ-Propagandisten während eines ganzen langen Wahlkampfes nicht mehr ausöffeln. Ehmkes Anwesenheit in Wien brach die Diskussion über politische Säuberungen in der Beamtenschaft vom Zaun, die nach der Bildung der Regierung Brandt begannen. Dabei erinnerte man sich so mancher Aussprüche prominenter Sozialisten, aus denen die Sehnsucht herauszulassen war, in Österreich ein ähnliches System zu installieren und im Fall eines sozialistischen Wahlzieges gleichfalls dafür zu sorgen, daß des sozialistischen Ministern nur „politisch verlässliche“ Beamte zur Verfügung stehen. So sagte der heute noch hoch im Kurs stehende SPÖ-Ideologe Czernetz dem Sinne nach, eine sozialistische Regierung allein könne dem Sozialismus nicht verwirklichen. Dazu braucht sie nämlich auch eine willfährige Beamtenschaft, deren oberste Leitlinie in jedem Winkel eines jeden Ministeriums das sozialistische Parteiprogramm ist.

Die Sozialisten reden sich dabei auf die CDU aus, die in der Bundesrepublik Deutschland die „politischen Beamten“ erfunden hat. Sie übersehen jedoch, daß eine christlich-demokratische Regierung keine ideologischen Hilfsarbeiter braucht, weil es nicht ihr Ziel ist, eine Ideologie im Sinne des Merkmalens oder Sozialismus in die Tat umzusetzen. Das ist aber bei den Sozialisten der Fall, wie es — und dieses Vergleich müssen sie sich nun einmal gefallen lassen — vorher bei den Nationalsozialisten der Fall war, die ihr Programm gleichfalls nur mit programmatisch und ideologisch eingetragenen Hilfskräften verwirklichen konnten. Eine christlich-demokratische Regierung hingegen ist auf solche ideologische Söldner nicht angewiesen. Ihr genügt die zum Beamtentum gehörende Loyalität des Staatsdieners, geht es ihr doch selbst in erster Linie um den Staat und nicht um die Partei.

Ludwig Reiter ein 75er

In diesen Tagen feierte der bekannte Gelehrte Prof. Ludwig Reiter seinen 75. Geburtstag. Ludwig Reiter als Historiker zu würdigen, ist Aufgabe Berufener. Wir wollen Ludwig Reiter nur danken für seine Mitarbeit im „Freiheitskämpfer“. Seit zwei Jahrzehnten, seit dem Bestand des „Freiheitskämpfers“, ist Ludwig Reiter ein uneigennütziger Mitarbeiter unserer Zeitschrift, der er immer wieder historische und soziologische Artikel zur Verfügung stellte.

Wir schätzen in Prof. Ludwig Reiter einen ehrlichen und aufrichtigen Mitarbeiter, einen Mann, der ein Bekenner der österreichischen Nation ist.

Gerade seine persönlichen Erlebnisse aus der Kriegszeit, seine persönlichen Einsätze und Verbindungen sind es, die Prof. Reiter bei seinen wissenschaftlichen Arbeiten zugute kamen. Er ist ein Mann, dem die Politik nicht gleichgültig ist, der

sich ihr widmet mit Leib und Seele und leidenschaftlich dann auftritt, wenn er glaubt, daß für Österreichs Unabhängigkeit und Freiheit eine Gefahr droht.

Wir dürfen daher namens der Redaktion des „Freiheitskämpfers“, aber auch namens der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten dem Jubilar zu seinem 75. Geburtstag das Allerbeste, vor allem Gesundheit wünschen und hoffen, daß er sich noch lange seiner Schaffenskraft erfreuen möge.

F. K.

Museum des Freiheitskampfes

Im Alben Rathaus, Stiege 3, 1. Stock, wurden eine ständige Ausstellung sowie das Museum „Der österreichische Freiheitskampf“ eröffnet.

Die Ausstellung wurde vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes mit Unterstützung des Magistrats der Stadt Wien, des Bundesministeriums für Unterricht sowie der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs vorbereitet.

Die Ausstellung soll vor allem der staatsbürgerlichen Erziehung der Jugend dienen und eine Mahnung sein, stets für die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Heimat einzutreten.

In der Einleitung wird die Vorgeschichte von der Gründung der Republik 1918 bis zur nationalsozialistischen deutschen Besetzung Österreichs im März 1938 mit Bildern und Dokumenten dargestellt. Der Hauptteil der Ausstellung zeigt die Verfolgungen und den österreichischen Freiheitskampf gegen den Nationalsozialismus in den Jahren 1938—1945.

Die Ausstellung wurde von dem Graphiker Ernst Tock, Wien, gestaltet und die bauliche Ausführung von Architekt Kunzemann geplant. Dokumentation, Photos und Texte wurden von Mitarbeitern des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes bereitgestellt. Die künstlerische Darstellung auf der Glastafel ist von Prof. Carry Hauser. Die Ausstellung ist jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag von 9 bis 17 Uhr geöffnet. Führungen an anderen Tagen nach Vereinbarung mit dem Dokumentationsarchiv, Alben Rathaus, Wipplingerstraße 8, Stiege 3, 1. Stock. Tel. 63 07 31, K1. 332.

Buch- und Kunstdruckerei
Klischeestanft
Großbuchbinderei
Buch- und Papierhandlung

Klagenfurt,
Völkermarkter Ring 25

Filialen:

Klagenfurt, Sternallee 7
Wolfsberg, Kösslach
St. Veit a. d. Glan

Carinthia

GASTHOF ZUM

„HANDSCHUHMACHER“

Johann Zechmeister

Gutenstein-Mariahilfberg, Nö.

Vorzügliche Küche

Erstklassige Fremdenzimmer

Schattiger Garten

Liegeterrasse

Verkauf von Reiseandenken

DAS ÖSTERREICHISCHE
PREBLAUER
HEIL-UND TAFELWASSER

so rein wie die Natur es schenkt

*für Ihren
Gesundheit!*

Pension

„Marienheim“

in Mariazell

Mariazell, Pater-Abel-Platz 3

Telefon 25 45

Haus mit allem Komfort

metro-goldwyn-mayer

film-austria

wien 7, neubaugasse 1

privat-mädchenschule**borromäus**

grieskirchen, oberösterreich

Karl und Emil Baurecht

Obst Gemüse Südfrüchte

Kartoffelgroßhandel

Spital an der Drau

**HOCH-,
EISENBETON-
UND STRASSENBAU****FRANZ JAKOB****STADTBAUMEISTER****WIEN VII, KIRCHENGASSE 32****TELEFON 93 56 31**

**hotel
könig**

zum „**Goldenen Brunnen**“
Klagenfurt, Lidmanskýgasse 8
Telefon 5145

Strand-Casino

Werzer

Pörschach am Wörther See
Kärnten

**Allgemeines
Krankenhaus
der Schwestern vom hl. Kreuz**

Grieskirchner Straße 42

Wels

Oberösterreich

Druck- und Verlagsanstalt

A. KIRSCH (F. Hummel)

- Neue Illustrierte Wochenschau
- Die Romanzeitung

1072 Wien Kaiserstraße 8-10 Telefon 93 56 46

**Robert und
Walter Ziegler**

Samenhandlung Samenzucht

Hauptgeschäft:

1110 Wien, Simmeringer Hauptstraße 11

Krankenhaus für
Interne Krankheiten
sowie Chirurgie

SANATORIUM

BAD MEHRERAU

BREGENZ

j. jolles studios

wiener
stick-kunst-
werkstätten
wien 7,
andreasgasse 6

Rheuma
Kinderlähmung

Ganzjährig geöffnet

Rheuma-Heilbad
Bad Schallerbach

Oberkärntner Molkerei
Villach-Spittal

reg. Gen. m. b. H.

Brauhausgasse 11

9500 Villach

DIE ZUCKERFABRIKEN ÖSTERREICHS

BRUCKER ZUCKERFABRIK

Gesellschaft m. b. H.

1041 Wien, Theresienungasse 23

Fabrik: 2460 Bruck a. d. Leitha, NO

ENNSER ZUCKERFABRIKS-AKTIENGESELLSCHAFT

1000 Wien, Heßgasse 6

Fabrik: 4470 Enns, OO

HOHENAUER ZUCKERFABRIK

der Brüder Strakosch

1037 Wien, Am Heumarkt 13

Fabrik: 2273 Hohenau a. d. March, NO

LEIPNIK-LUNDENBURGER

ZUCKERFABRIKEN AKTIENGESELLSCHAFT

1013 Wien, Börsengasse 9

Fabriken: 2263 Dürnkrut, NO, und
2285 Leopoldsdorf im Marchfeld, NO

SIEGENDORFER ZUCKERFABRIK

Conrad Patzenhofers Söhne

7012 Siegendorf/Bgld.

Fabrik: 7012 Siegendorf, Bgld.

TULLNER ZUCKERFABRIK AKTIENGESELLSCHAFT

1014 Wien, Schaufelgasse 6

Fabrik: 3400 Tulln, NO

OKA

Großhandel für

Bau- und Industriebedarf

KARL BREYER

Wien 7, Kirchengasse 41, Tel. 932541-44

ADRIAN JONAS



... für viele
die beste